

Es gilt das gesprochene Wort

Eröffnungsrede der Bayerischen Energie- und Wassertage 2026, 08.07.2026

Resilienz – Finanzierung – Nachhaltigkeit: Herausforderungen der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft

Von Klaus Steiner, Vorstandsvorsitzender Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte heute mit einem Bild beginnen, das auf den ersten Blick wenig mit Energie- und Wasserwirtschaft zu tun zu haben scheint.

Stellen Sie sich eine 25 Meter hohe Pyramide vor, mitten im mexikanischen Dschungel. Calakmul – einst eine der mächtigsten Städte der Maya. Heute: Ruine. Überwuchert. Verlassen.

Die ZEIT hat diesem Bild kürzlich einen bemerkenswerten Artikel gewidmet, mit dem provokanten Titel „**So könnten wir untergehen**“. Die Autoren Elena Erdmann und Maximilian Probst beschreiben darin, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler heute über den Kollaps von Gesellschaften wissen. Und ihre Botschaft ist unbequem: Auch Forschende nehmen das Szenario eines Kollapses **ernster denn je**.

Warum erzähle ich Ihnen das zum Auftakt einer Tagung über Energie und Wasser?

Weil die Maya nicht an einem einzigen Ereignis zugrunde gegangen sind. Es war kein Krieg allein, keine einzelne Dürre, keine einzelne Hungersnot. Es war ein **Zusammenspiel**: ökologische Übernutzung, ausbleibender Regen, erschöpfte Böden, soziale Spannungen, eine überforderte Elite – und am Ende: **versiegende Wasserquellen**.

Genau hier sind wir beim Kern unseres heutigen Themas. Denn was die Maya damals erlebten, beschreibt die Forschung heute mit einem Begriff, der uns allen vertraut ist: **fehlende Resilienz**.

Und wenn wir ehrlich sind: Auch unsere hochentwickelte, vernetzte, digitalisierte Gesellschaft ist nicht gegen Kipppunkte gefeit. Im Gegenteil. Je komplexer ein System, desto verwundbarer ist es. Je mehr Abhängigkeiten bestehen, desto schneller breiten sich Störungen aus – wie ein **Multiorganversagen**, wie es die Kollapsforschung nennt.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier keinen Kulturpessimismus verbreiten und kein Plädoyer für Endzeitstimmung halten. Es ist ein Plädoyer dafür, **die Lage nüchtern zu sehen** – und genau jetzt die richtigen Entscheidungen zu treffen. Denn dieselben Forscherinnen und Forscher, die vor dem Kollaps warnen, sagen uns auch, **was ihn bremst oder gar verhindert**: stabile Institutionen, funktionierende Infrastruktur, Vertrauen, Vorsorge – und vor allem: **Wasser und Energie**.

Lassen Sie uns also einen Moment über Wasser sprechen. Es ist kein Zufall, dass die meisten historischen Hochkulturen an Flüssen entstanden sind – und dass viele von ihnen an **extremen Veränderungen ihrer Wasserversorgung** zerbrochen sind: sei es durch ausbleibenden Regen, wie bei den Maya und im Alten Ägypten, oder durch katastrophale Überflutungen, wie bei der frühen chinesischen Liangzhu-Kultur.

In Bayern haben wir lange Zeit gedacht: Wasser haben wir genug. Die Alpen sind unser Wasserschloss. Doch die Realität sieht inzwischen anders aus:

- Wir erleben **längere Trockenperioden**, gefolgt von Starkregenereignissen.
- Grundwasserstände sinken in vielen Regionen Bayerns spürbar.
- Die Konkurrenz um die Wassernutzung zwischen Landwirtschaft, Industrie, Energieerzeugung und öffentlicher Versorgung wächst.
- Und die Wasserversorger stehen vor enormen Investitionen in Netze, Aufbereitung und Ressourcenschutz.

Und das ist keine abstrakte Zukunftsvision. Wir haben es in den letzten Tagen ganz konkret gespürt: Eine langanhaltende Hitzewelle rollte durch Deutschland, teilweise wurde die **40-Grad-Marke** überschritten. Die Wasserversorger gerieten bundesweit unter Druck. Aufrufe zum sparsamen Wassergebrauch wurden zur Normalität. Dies ist keine Ausnahmesituation – sondern die **neue Realität**.

Wasser ist eben **nicht selbstverständlich**. Und genau wie beim Strom gilt: Wer eine sichere Versorgung will, muss heute investieren – nicht morgen. Wer Resilienz will, muss sie **vorausschauend organisieren** – nicht erst, wenn die Krise da ist.

Mit unseren Bayerischen Energie- und Wassertagen wollen wir Orientierung geben und Leitplanken setzen. Wir tun das in einer Zeit, in der die Verunsicherung groß ist und ein gesellschaftlicher Konsens zunehmend zur Herausforderung wird. Das Herzstück unserer Arbeit ist dabei das **energiepolitische Dreieck** aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – ergänzt um den entscheidenden vierten Faktor: **Akzeptanz**.

Dies ist für uns als VBEW kein theoretisches Konstrukt für akademische Diskussionen. Es ist unser Kompass. Es zwingt uns, immer alle Dimensionen mitzudenken. Denn wenn nur eine Ecke wegbreicht, kippt das gesamte System.

- Ohne **Versorgungssicherheit** verlieren wir die Grundlage unserer Wirtschaft und unseres Alltags.
- Ohne **Bezahlbarkeit** verlieren wir den industriellen Mittelstand, das Handwerk – und am Ende die Bürgerinnen und Bürger.
- Ohne **Umweltverträglichkeit** verlieren wir unsere Lebensgrundlagen und das Recht künftiger Generationen auf eine lebenswerte Zukunft.
- Und ohne **Akzeptanz** verlieren wir die politische und gesellschaftliche Grundlage für die gesamte Transformation.

Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist eine zunehmende **Schiefelage**. Die Kosten sind massiv gestiegen, die Versorgungssicherheit wird neu verhandelt, die Akzeptanz vor Ort bröckelt – nicht, weil die Menschen die Energiewende ablehnen, sondern weil sie das Tempo, die Komplexität und die Lastenverteilung nicht mehr nachvollziehen können.

Unser Anspruch bleibt dabei klar formuliert: **Realismus und Verlässlichkeit**. Realismus bedeutet, die verschiedenen Elemente der Transformation – Netzausbau, Erzeugungsausbau, Speicherung – in ihrer Entwicklung aus einem energiewirtschaftlichen **Systemverständnis heraus zu synchronisieren**. Einzelne Maßnahmen, die aufwändige Nachbesserungen an anderen Stellen erforderlich machen, führen nicht zum Ziel. Verlässlichkeit bedeutet: Die Prämissen, unter denen Unternehmen heute ihre Infrastruktur umbauen, müssen **belastbar sein** – und das über einen langen Zeitraum. Uns ist bewusst, dass es eine weit verbreitete Sehnsucht gibt nach einfachen Lösungen für schwierige Fragestellungen. Gerade deshalb müssen wir alle darauf achten, dass der reflexhafte Blick auf die nächsten Wahlen nicht zu weiteren Schäden führt.

Wenn ich von Realismus spreche, dann meine ich auch dies: Wir können nicht weiter so tun, als ob **Erzeugungsausbau und Netzausbau** voneinander getrennt funktionieren würden.

Die Zahlen für Bayern sprechen eine klare Sprache: Rechnerisch decken erneuerbare Energien etwa **57 Prozent** des bayerischen Stromverbrauchs. Bei der **Stromerzeugung** selbst lag Bayern 2024 mit **75 Prozent** erneuerbarer Erzeugung weit vorne. Über **32 Gigawatt PV-Leistung** und **mehr als 1,3 Millionen PV-Anlagen** sind bereits installiert. Im **Bayernwerk-Netzgebiet** wurden 2023 allein **mehr als 91.500 PV-Anlagen** mit 2.270 Megawatt Leistung neu angeschlossen. 2025 waren es **62.600 Anlagen** mit **2.160 Megawatt** – das entspricht der Leistung von zwei großen konventionellen Kraftwerksblöcken. Zählt man die Anlagen in den Gebieten von nachgelagerten Netzbetreibern hinzu, dann wirken **mehr als eine Million regenerative Stromerzeugungsanlagen** auf das Netz.

Der Ausbau der Solarenergie schreitet in Bayern dabei weit schneller voran als der Netzausbau. Die Folge: Erzeugter Solarstrom muss in beträchtlichem Umfang „abgeregelt“ werden. Allein 2024 wurden fast eine Terawattstunde bayerischen Solarstroms abgeregelt. Das ist Strom, der produziert, aber nicht genutzt wird – eine volkswirtschaftliche Verschwendung und ein Warnsignal zugleich.

Das beeindruckende Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist gleichzeitig eine massive Herausforderung. Denn die Netze halten dieses Tempo nicht mit. Netzkapazität ist zum **knappen Gut** geworden – manche nennen es das „**neue Gold**“ des **Energiesystems**. Und wer ein knappes Gut hat, muss es klug bewirtschaften.

Genau deshalb haben wir als VBEW im November vergangenen Jahres unser Positionspapier zur Kapazität der Stromnetze vorgelegt – und genau deshalb begleiten wir das aktuell diskutierte **Netzpaket** des Bundeswirtschaftsministeriums sowie die **EEG-Novelle 2027** sehr aufmerksam – und mit klaren Forderungen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle sehr offen sein:

Die Energiewirtschaft kann vieles leisten. Was sie **nicht leisten kann**, ist: im Nebel zu investieren. Und genau das droht uns gerade – auf zwei zentralen Gesetzgebungsbaustellen gleichzeitig.

Der inoffizielle Arbeitsentwurf für ein Netzpaket aus dem Bundeswirtschaftsministerium trifft einen zentralen Punkt: Es besteht akuter Bedarf an gesetzlichen Nachjustierungen, um Kosten zu dämpfen und das Energiesystem besser zu synchronisieren. Wir begrüßen ausdrücklich die Ansätze zu:

- **Schnelleren Netzanbindungen** und einer praxistauglichen Einspeisesteckdose.
- **Flexiblen Netzanschlussvereinbarungen** und der Überbauung bestehender Anschlüsse.
- **Netzdienlichen Speichern** und steuerbaren Lasten als Systemressource.

Aber – und das ist ein großes Aber – wir brauchen jetzt **klare, transparente und verlässliche Regeln**. Was der Gesetzgeber liefern muss:

Erstens: Wir brauchen eine **strategische Steuerung der Netzkapazitäten**. Das Windhundprinzip muss ein Ende haben. Stattdessen brauchen wir transparente Priorisierungskriterien: Vorrang für Projekte, die mit Speichern kombiniert werden, die flexible Netzanschlussvereinbarungen nutzen, die Cable-Pooling ermöglichen – und für Projekte, deren Ernsthaftigkeit durch Vorauszahlungen nachgewiesen ist.

Zweitens: Wir brauchen **regionale Lenkungsinstrumente** – differenzierte Baukostenzuschüsse je nach Engpasslage, Preissignale für standorteffiziente Entscheidungen, und die Möglichkeit,

Entschädigungszahlungen für bewusst in Engpassgebieten platzierte Anschlüsse einzuschränken.

Drittens: Wir brauchen eine **radikale Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren**. „Time to Power“ muss zum zentralen Maßstab werden – gerade für neue Großverbraucher wie Rechenzentren, die ihre Eigenerzeugung und gesicherte Leistung von Anfang an mitdenken müssen.

Viertens: Wir brauchen eine **gerechte Kostenverteilung** nach dem Verursacherprinzip. Auch Erzeuger und Speicher nutzen das Netz – auch sie sollten einen fairen Anteil tragen.

Was wir dabei **nicht brauchen**, ist kleinteiliges staatliches Mikromanagement, das die unternehmerische Verantwortung untergräbt. Die Politik definiert das **Was** – das **Wie** liegt bei den Unternehmen. Das ist der Grundsatz, an dem wir festhalten. Ich sage ganz offen: Die Energiewende ist eine Operation am offenen Herzen und der politische Gestaltungsauftrag ist keine Lizenz zur populistischen Selbstverwirklichung.

Ich komme zum EEG 2027. Da ist die Lage noch drängender. Die beihilferechtliche Genehmigung des aktuellen EEG läuft zum **31. Dezember 2026** aus. Ohne Nachfolgeregelung droht ab dem 1. Januar 2027 ein faktisches Durchführungsverbot für wesentliche Förderregelungen. Und trotzdem steckt der Referentenentwurf Stand heute noch in der Ressortabstimmung. Der Kabinettsbeschluss wurde mehrfach verschoben.

Das ist kein abstraktes Problem. Das ist ein **handfestes Investitionsrisiko** für jedes Unternehmen, das heute plant, morgen baut und übermorgen ans Netz gehen will.

Wir als VBEW begrüßen eine Reihe der geplanten Neuregelungen ausdrücklich:

- Den **Fortbestand der Ausbaupfade** und der Ausschreibungsvolumina für erneuerbare Energien.
- Die **Stärkung der Direktvermarktung** als Weg zur Marktintegration.
- Die Einführung von **Resilienzausschreibungen** als neues Instrument zur Stärkung europäischer Lieferketten.

Aber: Es gibt auch handfeste Kritikpunkte, die wir klar benennen müssen.

Was wir fordern:

10 GW Windenergie an Land zusätzlich ins EEG. Das im Klimaschutzprogramm vorgesehene Sondervolumen muss endlich gesetzlich verankert werden – verteilt auf die Ausschreibungsrunden 2026 bis 2030. Zudem sollte für Süddeutschland eine **temporäre Süd-Quote von 30 Prozent** eingeführt werden, um den dringend notwendigen Windenergieausbau in den Lastzentren Bayern und Baden-Württemberg gezielt zu stärken.

Die Erneuerbaren sind aus den Kinderschuhen rausgewachsen. Eine perspektivische Pflicht zur Direktvermarktung auch für Kleinanlagen ist in der Sache daher der richtige Weg. Die vollständige Streichung der Marktprämie für Anlagen von heute auf morgen unter 25 kW lehnen wir ab. Wir brauchen einen geordneten, stufenweisen Übergang zur Direktvermarktung – mit ausreichend Zeit für Netzbetreiber, Direktvermarkter und Anlagenbetreiber, ihre Systeme anzupassen.

Kein Abriss der Südregion beim Referenzertragsmodell. Der Korrekturfaktor für 50-Prozent-Standorte darf nicht abgesenkt werden. Ohne ihn wären nahezu zwei Drittel der adressierten Windenergiegebiete in der Südregion wirtschaftlich nicht erschließbar. Für bereits genehmigte oder weit fortgeschrittene Projekte muss es zwingend eine Übergangsregelung geben.

Besonderen Solaranlagen eine echte Chance geben. Agri-PV, Moor-PV, Floating-PV – sie alle sind für einen flächeneffizienten EE-Ausbau unverzichtbar. Ohne ein gesondertes Untersegment und einen höheren Höchstwert – wir sprechen von 8,5 ct/kWh – können diese Anlagen im Wettbewerb mit günstigen Freiflächenanlagen nicht bestehen und werden faktisch vom Markt ausgeschlossen.

Rascher Abschluss des parlamentarischen Verfahrens. Die EU-Kommission braucht Zeit für die beihilferechtliche Prüfung. Jede Woche, die das Kabinett verliert, ist eine Woche weniger Puffer. Ein **Fadenriss zum 1. Januar 2027** wäre für die gesamte Branche ein Desaster.

Und hier kommt ein Punkt, der mir besonders am Herzen liegt: **EEG-Novelle und Netzpaket dürfen nicht isoliert beschlossen werden.** Ambitionierte Ausschreibungsvolumina führen nur dann zu realem Erneuerbaren-Zubau, wenn Netzanschlusskapazitäten, Netzausbau und künftige Netzentgeltsystematik verbindlich mitgedacht werden. Andernfalls entstehen Projekte, die zwar bezuschlagt, aber aufgrund fehlender Netzkapazitäten oder struktureller Abregelung wirtschaftlich entwertet werden.

Die Botschaft an den Gesetzgeber ist klar: **Bitte liefern Sie jetzt. Kohärent. Schnell. Verlässlich.**

Damit komme ich zum zweiten Großthema: der **Finanzierung**.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sehr deutlich werden: **Wir haben ein Finanzierungsproblem.** Nicht morgen. Nicht übermorgen. **Heute.**

Allein die deutschen Netzbetreiber haben 2024 über **20 Milliarden Euro** investiert. Unsere Mitglieder haben in einer Kurz-Umfrage ca. 15 Milliarden bis 2031 – ohne das Übertragungsnetz! – gemeldet. Diese sollen für die Stärkung der Netzinfrastruktur sowie die Energie- und Wärmewende ausgegeben werden. Die Investitionsbedarfe der kommenden Jahre liegen insgesamt in einer Größenordnung, die mit den bisherigen Finanzierungsinstrumenten **nicht mehr zu stemmen** ist.

Was bedeutet das konkret?

- Die **Eigenkapitalverzinsung** muss endlich auf ein Niveau gehoben werden, das private Investitionen tatsächlich attraktiv macht.
- Der **Regulierungsrahmen** muss vorausschauende Netzausbaumaßnahmen ermöglichen – nicht erst, wenn der Engpass bereits da ist.
- Die **Kostenverteilung** muss fair sein – auf alle Netznutzer, einschließlich Erzeuger und Speicher.
- Und wir brauchen **Bürokratieabbau**, damit Ressourcen beispielsweise in den Netzausbau fließen statt in die Verwaltung. Aber Bürokratieabbau bedeutet auch: Es darf nicht noch mehr Bürokratie entstehen. Die Energiewirtschaft ist bereits heute einem **Moloch an Regulierung** ausgesetzt. Unnötige Schaufenster-Projekte wie der **24-Stunden-Lieferantenwechsel** haben uns ohne Not wichtige Kapazitäten gekostet. **Weitere** wie das **Energy Sharing** werden diesen Druck noch weiter erhöhen. Hier brauchen wir von der Politik nicht nur gute Absichten, sondern **konsequentes Handeln**. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einen Hinweis zur Wärmewende: Der Ausbau der Wärmenetze ist noch gar nicht richtig in Fahrt gekommen und die Finanzierung dieser Großbaustelle ist noch völlig ungeklärt, da scheint das größte Problem zu sein, wie man denn die Regulierung der Fernwärmeversorgung weiter vorantreiben kann. Wenn wir so weitermachen, meine Damen und Herren, dann kommt die Wärmewende keinen Schritt weiter, aber alle Aktenordner sind wenigstens gefüllt und stehen ordentlich an ihrem Platz.

Zurück zum Thema Finanzierung. Wir müssen hier über **neue Wege** nachdenken. Ein konkretes Beispiel: **Kommunalkredite**. Gerade in Bayern, wo wir eine beeindruckende Vielzahl an Kommunalversorgern haben, könnten günstige Kommunalkredite einen **erheblichen Beitrag zur Transformation** leisten. Sie würden genau den Akteuren helfen, die nah an den Menschen sind, die Infrastruktur vor Ort kennen und die Verantwortung für ihre Region tagtäglich leben. Ich freue mich, dass wir sowohl zu diesem Thema als auch zur wichtigen Frage von Landesbürgschaften aktuell in einem **konstruktiven und engen Austausch mit der Staatsregierung** stehen. Das ist der richtige Weg – und ich bin zuversichtlich, dass wir hier gemeinsam Lösungen finden werden.

Ich sprach am Anfang bei den Maya bereits über fehlende Resilienz. Wichtig ist hier darauf hinzuweisen: **Resilienz kostet Geld**. Prävention kostet Geld. Ersatzteilbevorratung kostet Geld. Geschützte Kommunikation, physische Sicherung, redundante Systeme – das alles kostet Geld. Wer Resilienz politisch einfordert, muss auch die **regulatorischen und finanziellen Voraussetzungen** dafür schaffen. Resilienz darf nicht betriebswirtschaftlich bestraft werden.

Damit komme ich zum dritten großen Thema: **Resilienz**.

Resilienz ist das Schlagwort des Jahres und in aller Munde. Die Anschläge auf Strominfrastruktur in **Berlin, Garching und zuletzt Reutlingen** – und das sind nur die öffentlich bekannten Fälle – haben gezeigt: Die Bedrohung ist real, sie ist komplex, und sie hat sich deutlich verschärft.

Wir leben in einer neuen sicherheitspolitischen Realität. Hybride Bedrohungen. Gezielte Sabotage. Cyberangriffe. Unabhängig vom Schadenverursacher müssen wir erkennen: Die Hemmschwelle zum Einsatz von Gewalt ist massiv gesunken.

Aus Sicht des VBEW sehen wir fünf zentrale Problemfelder:

1. Zu hohe Transparenz über kritische Infrastrukturen. Wenn Standorte, Strukturen und sensible Geodaten frei zugänglich sind, machen wir es Angreifern leicht. Bayern hat mit der Entfernung des Stromnetzes aus dem Energieatlas gezeigt, dass hier schnelles Handeln möglich ist.

2. Unklarer Vorrang im Krisenfall. Im Ernstfall muss die Sicherung der Versorgung Vorrang haben – vor Dokumentationspflichten, vor formalen Marktregeln. Ich sage es bewusst zugespitzt: **Im Zweifel geht Leben retten und Chaos verhindern vor Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.**

3. Unklare Zuständigkeiten zwischen Polizei, Katastrophenschutz, Bundeswehr und Regulierungsbehörden. Im Ernstfall müssen alle wissen: Wer führt? Wer schützt? Wer entscheidet?

4. Fehlende operative Einbindung der Sicherheitsbehörden. Versorger können viel leisten – aber sie können nicht Millionen Kilometer leitungsgebundener Infrastruktur allein absichern.

5. Fehlender finanzieller und regulatorischer Rahmen für Resilienz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemals war der alte Bundeswehr-Spruch so wahr wie heute: Was nicht geübt wird, findet nicht statt. Wir können uns angesichts der Bedrohung nicht wegducken. Deshalb haben wir gegenüber dem Wirtschafts- und dem Innenministerium einen **Sicherheitspakt Bayern** vorgeschlagen. Ein Pakt, der auf sechs Elementen beruht: staatliche Koordination mit klarer Verantwortung, institutionalisierter Austausch, regionale Sicherheitsnetzwerke, klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Unternehmen, sektorenübergreifende Zusammenarbeit – und ein verlässlicher Finanzierungsrahmen.

Resilienz ist keine Einzelleistung. Sie ist ein System aus Verantwortung, Koordination, Rechtsklarheit und Übung.

Und zum Thema Nachhaltigkeit nur so viel:

Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage von CO₂ und Klimaschutz. Nachhaltig ist letztendlich nur, was ökologisch verantwortlich, wirtschaftlich tragfähig und gesellschaftlich akzeptiert ist.

Wer eine dieser drei Säulen vernachlässigt, gefährdet am Ende das Gesamtsystem.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen, was die bayerische Energie- und Wasserwirtschaft jetzt von der Politik braucht:

Wir wollen die Themen konkret benennen:

Erstens: Beim EEG 2027: rascher Kabinettsbeschluss, die 10 Gigawatt Windenergie gesetzlich verankern, eine Süd-Quote einführen und den Übergang zur Direktvermarktung praxistauglich gestalten.

Zweitens: Beim Netzpaket: klare Priorisierungskriterien, regionale Steuerung – und keine Einzellösungen ohne Systemblick.

Drittens: Beim Ordnungsrahmen: Verlässlichkeit, Technologieoffenheit, langfristige Stabilität – und zwar über Wahlperioden hinaus.

Viertens: Bei der Finanzierung: angemessene Eigenkapitalverzinsung, faire Kostenverteilung auf alle Netznutzer – und die Anerkennung von Resilienzkosten.

Fünftens: Bei der Resilienz: ein Sicherheitspakt Bayern, klare Zuständigkeiten zwischen allen Akteuren – und eine deutliche Reduktion sensibler öffentlich zugänglicher Daten.

Sechstens: Beim Wasser: klare Vorrangregelungen, konsequenter Schutz der Ressource – und eine faire Lastenverteilung.

Siebtens: Beim Bürokratieabbau: konsequente Vereinfachung, Digitalisierung von Standardprozessen – und der klare politische Wille, es dabei auch zu belassen.

Die Politik definiert das **Was**. Die Umsetzung – das **Wie** – liegt bei den Unternehmen. Die Politik kann im Rahmen ihres politischen Auftrages auch andere Schwerpunkte setzen. Dann aber bitte nicht beschweren, wenn unser energiepolitisches Zieldreieck immer weiter in Schiefelage gerät.

Lassen Sie mich noch einmal wiederholen: Staatliches Mikromanagement wirkt kontraproduktiv. Was wir brauchen, ist ein **stabiler, technologieoffener Ordnungsrahmen** statt kurzfristiger Detailsteuerung. Wir erwarten aktive Unterstützung durch Bürokratieabbau und einen partnerschaftlichen Dialog.

Damit komme ich zurück zur Pyramide von Calakmul.

Ob aus unserer Gesellschaft in tausend Jahren auch nur noch Ruinen übrig sind – das entscheidet sich **nicht in tausend Jahren**. Es entscheidet sich **jetzt**. In den Beschlüssen, die wir treffen. In den Investitionen, die wir tätigen. In der Resilienz, die wir uns leisten oder einsparen.

Die Kollapsforschung lehrt uns: Gesellschaften gehen selten an einem einzigen Schlag unter. Sie gehen unter, wenn **viele kleine Versäumnisse zusammenkommen**. Wenn Komplexität nicht mehr beherrscht wird. Wenn Vertrauen erodiert. Wenn Wasser und Energie ausfallen. Wenn politische Klarheit durch Ressortstreit ersetzt wird.

Aber dieselbe Forschung lehrt uns auch: **Es gibt Gegenmittel**. Stabile Institutionen. Vorausschauende Investitionen. Funktionierende Versorgung. Verlässliche Gesetze. Vertrauen zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft.

Resilienz, Finanzierung, Nachhaltigkeit. Genau die drei Themen unseres heutigen Vortrags.

Die bayerische Energie- und Wasserwirtschaft ist Teil dieses Gegenmittels. Mit unseren **420 Mitgliedsunternehmen** tragen wir täglich Verantwortung für Strom, Gas, Wärme und Wasser in Bayern.

Aber wir brauchen einen Partner. Wir brauchen eine Politik, die uns den **Auftrag gibt** – und uns dann auch **arbeiten lässt**.

Denn Resilienz entsteht nicht durch **Absichtserklärungen**. Sie entsteht durch **Menschen, die Verantwortung übernehmen**. Durch Unternehmen, die langfristig investieren. Durch Infrastruktur, die auch dann trägt, wenn der Gegenwind stärker wird.

Genau daran arbeiten unsere Mitgliedsunternehmen – jeden Tag. Sie modernisieren Netze, sichern die Wasserversorgung, schaffen die Voraussetzungen für Klimaschutz und Energiewende und sorgen dafür, dass Millionen Menschen sich auf eine funktionierende Daseinsvorsorge verlassen können.

Die Kollapsforschung gibt uns deshalb nicht nur Anlass zur Wachsamkeit, sondern auch zur **Zuversicht**. Denn sie zeigt: Gesellschaften können Krisen **bewältigen** und Herausforderungen **meistern**, wenn sie rechtzeitig die richtigen Entscheidungen treffen. Die Zukunft ist nicht vorherbestimmt. Sie wird gestaltet. Durch die Entscheidungen, die wir heute treffen. Und durch die **Bereitschaft**, auch über den nächsten Haushalt, die nächste Legislaturperiode und die nächste Krise hinauszudenken.

Deshalb blicke ich trotz aller Herausforderungen mit **Zuversicht** nach vorn. Die Aufgaben sind gewaltig. Aber ich sehe in unserer Branche täglich Kompetenz, Innovationskraft und Verantwortungsbewusstsein. Ich sehe Menschen und Unternehmen, die nicht auf Probleme zeigen, sondern Lösungen schaffen.

Darum ist mir um die Zukunft Bayerns **nicht bange**. Im Gegenteil: Wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft **gemeinsam** an einem Strang ziehen, dann werden auch kommende Generationen auf diese Zeit zurückblicken und sagen: Sie haben die **richtigen** Entscheidungen getroffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit – und ich freue mich auf die Diskussion.